



## Februar 2018

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

„Der einfachste Weg, Unstimmigkeiten zu beseitigen, ist das offene Gespräch.“ Getreu diesem Satz von Kurt Haberstick war ich im Februar wieder zu zahlreichen Terminen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Bürgermeistern sowie mit Verantwortlichen verschiedener Institutionen unterwegs.

Dass etwas für die Sachsen getan wird, zeigen einige Nachrichten aus dem Monat Februar. So sind beispielsweise die Mittel für das Projekt „Vitale Dorfkerne“ um weitere 5 Millionen Euro aufgestockt worden. Wovon auch unsere Region deutlich profitiert. Für Menschen mit Behinderung gibt es mehr Geld und damit wird deren gesellschaftliche Teilhabe verbessert. Die Besiegelung des umfangreichen Maßnahmenpaketes der sächsischen Regierung hat im Kabinett stattgefunden und durch Druck von Sachsen, wurde der befristete Modellversuch „Moped mit 15“ um zwei weitere Jahre verlängert. Damit haben wir einen wichtigen Schritt zur Erhaltung der Mobilität von Jugendlichen, vor allem auf dem Land, erreichen können. Wenn es denn zur GROKO kommt, wird der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auch wichtig für unseren Landkreis sein. Wir haben uns eingesetzt, für Themen wie Straßenbau, Löhne, schnelles Internet Zukunft der Braunkohle und Sicherheit.

Auch direkt aus meinem Wahlkreis gibt es Positives zu berichten. Der Stadtrat von Zittau hat mehrheitlich eine Förderrichtlinie beschlossen, die Kleinunternehmer finanziell unterstützt, damit das Stadtzentrum attraktiver wird und Anreize für die Zukunft gegeben werden. Die hochwassergeschädigten Orte wird es freuen, dass ein Hochwasser-Frühwarnsystem in Planung ist.

Das Damast und Frottiermuseum in Großschönau benötigt bei der Suche eines Maskottchens die Hilfe von Kindern und Jugendlichen. Da ist Kreativität gefragt. Zwei Orte weiter, in Seiffhennersdorf, sitzen zwei Kreativitäts-Experten. Olli Osterhase und Lotti Langohr beantworten bereits Briefe in ihrem Osterhasenpostamt, bevor sie ihre Osterhasenwerkstatt öffnen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr *Stephan Meyer*

## Inhalt

Meyer unterwegs ...

1. Termine im Wahlkreis
2. Mittel für lebendige Dorfzentren werden aufgestockt
3. Planspiel - MittenDrin im Sächsischen Landtag
4. Umfangreiches Maßnahmenpaket im Kabinett besiegelt
5. Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung
6. Oberlausitz bekommt Hochwasser-Frühwarnsystem
7. Pizza & Politik in Löbau
8. Was die GROKO dem Landkreis bringt
9. B-178- Anhörung im April
10. Modellprojekt „Moped mit 15“ wird fortgesetzt
11. futureSAX-Ideenwettbewerb 2018
12. Zittau unterstützt Kleinunternehmer
13. Damastmuseum sucht Maskottchen
14. Osterhasenpostamt hat wieder geöffnet
15. Bürgersprechstunde





## TERMINE

Am 02. und 5. Februar wurden bei Gesprächen mit der Bürgermeisterin von Oderwitz sowie den Bürgermeistern von Hainewalde und Großschönau viele Dinge angesprochen, wo wir die Kommunen künftig besser bei ihren Aufgaben unterstützen können und sie meine Hilfe benötigen.

Am 06. Februar saß ich mit Ärzten zum Thema medizinische Versorgung in Seiffhennersdorf an einem Tisch. Ich sehe hier nach wie vor eine Schiefelage bei der Selbstverwaltung. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen und mit den Ärzten müssen wir Bedingungen schaffen, welche die Niederlassung von Allgemein- und Fachärzten attraktiver machen.

Im Zuge dessen, war ich am 09. Februar gemeinsam mit Sozialdezernentin Martina Weber zum Gespräch bei Staatssekretärin Regina Kraushaar im Sozialministerium. Der Schulterabschluss zwischen Sozialministerium und kommunaler Ebene ist wichtig, um gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen die Bedingungen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser praxisgerechter und sektorenübergreifend zu gestalten.

Den 15. und 19. Februar widmete ich der Unterstützung der Förderung von Bauvorhaben der Grundschule Bertsdorf-Hörnitz und dem Zinzendorf-Gymnasium in Herrnhut. Gemeinsam mit Vertretern der Schulen gab es Gespräche im Kultusministerium Dresden.

### **02. Februar Mittel für lebendige Dorfzentren werden aufgestockt**

Das Projekt „Vitale Dorfkerne“ geht mit 15 Millionen Euro in die nächste Runde. Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) hat den dritten Aufruf „Vitale Dorfkerne und Ortszentren im ländlichen Raum“ gestartet. Mit dem Förderprogramm können Projekte zur Innenentwicklung von Gemeinden im ländlichen Raum

des Freistaates Sachsen unterstützt werden. Bereits in den Jahren 2016 und 2017 war das Förderprogramm von den Gemeinden sehr stark nachgefragt worden.

Damit unterstützt das SMUL das Engagement von Gemeinden zur Schaffung oder zum Erhalt regionaler Versorgungszentren und Gemeinschaftseinrichtungen. Dafür wurden die Fördermöglichkeiten für 2018 sogar erweitert. Es werden fünf Millionen Euro mehr als zunächst vorgesehen bereitgestellt. Diese Aufstockung ist Teil der besonderen Unterstützung für den ländlichen Raum und damit Teil des ‚Plans für Sachsen‘, den Ministerpräsident Michael Kretschmer im Landtag vorgestellt hat.

Das Programm ergänzt die Umsetzung der regionalen LEADER-Entwicklungsstrategien vor allem für größere Bauvorhaben im baulichen Innenbereich der Dörfer und in den kleinstädtischen Zentren. Es wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushalts.

Gefördert werden zentrale Dienstleistungs- und Versorgungszentren sowie öffentliche Einrichtungen in bestehenden Gebäuden, die Neugestaltung zentraler Multifunktions- und Freiflächen sowie der Rückbau ruinöser Bausubstanz. Mit der Fördermöglichkeit für Gebäudeerweiterungen und Ersatzneubauten sowie für den Rückbau brachgefallener Kleingärten wird das Spektrum erweitert.

Der Zuschuss für einzelne Vorhaben beträgt mindestens 75 000 Euro, beim Rückbau von Kleingärten 5 000 Euro. Auf diese Weise erhalten insbesondere größere Projekte eine Chance zur Umsetzung. Der Fördersatz liegt bei maximal 75 Prozent. Bewerben können sich Gemeinden in LEADER-Gebieten. Die Anträge können ab sofort bei den jeweiligen Landratsämtern gestellt werden.

[Fördergegenstand „Vitale Dorfkerne“](#)





**03. Februar**

### **Planspiel - MittenDrin im Sächsischen Landtag**

Nach der großen Resonanz in den vergangenen Jahren führte der LandesSchülerRat Sachsen auch 2018 ein Planspiel im Sächsischen Landtag durch. Gemeinsam mit dem Sächsischen Landtag, der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Förderverein Sächsischer Schülervertretungen e.V. wurde das Planspiel Landtag 2018 wieder zu einem ganz besonderen Erlebnis für rund 80 Schülerinnen und Schüler aus allen Regionen Sachsens. Der Landtagspräsidenten Dr. Rößler war in diesem Jahr Schirmherr des Planspiels.

Die Schüler konnten die Prozesse des Landtags hautnah erleben. Sie übernahmen die Rolle eines Landtagsabgeordneten, der für eine fiktive Partei im Landtag sitzt. Dabei erlebten sie Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie eine Debatte zur Gesetzesänderungen im großen Plenarsaal. Ein Gesetzesentwurf wurde bis zur Beratung im Landtagsplenum begleitet. Der gesamte Prozess, der in echt Monate und Jahre dauert, wurde in einem Tag erlebbar. An diesem Tag standen den Schülerinnen und Schülern eine Reihe von Teamern der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung. Die Fragen beantworteten.

Es ist wichtig, dass sich junge Leute für die Demokratie interessieren. Deshalb unterstützte ich auch das Planspiel des Sächsischen Landesschülerrates und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

[LandesSchülerRat Sachsen](#)



**08. Februar**

### **Umfangreiches Maßnahmenpaket im Kabinett besiegelt**

Wenige Tage nach der Vorstellung der Regierungspläne im Sächsischen Landtag hat das Kabinett ein umfassendes Maßnahmenpaket dazu beschlossen. Ministerpräsident Michael Kretschmer und der stellvertretende Regierungschef und Wirtschaftsminister Martin Dulig erklärten: "Das Ziel der Regierungskoalition ist es, die beschlossenen Vorhaben entschlossen gemeinsam umzusetzen. Die jeweiligen Ressorts sind beauftragt worden, die einzelnen Punkte in den kommenden Wochen und Monaten auf den Weg zu bringen. Besonders wichtig ist uns bei all dem, den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Sachsen zu stärken, Mut zu machen und unserem Land Zuversicht und neuen Schub zu geben."

Die ersten Konzepte zur konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen werden die jeweils verantwortlichen Ministerien bereits im Frühjahr im Kabinett vorstellen. Noch im Februar soll eine Ausbildungsoffensive für den Freistaat auf den Weg gebracht werden. Im Frühjahr wird es unter anderem um die geplanten regionalen Pflegebudgets für alle Landkreise und die kreisfreien Städte gehen.

Die Eckpunkte der gesetzlichen Neuregelung, mit der der Freistaat die finanziellen Freiräume der Kommunen stärken will, sollen ebenfalls im Frühjahr feststehen. Die Themen Hochwasserschutz und Wachpolizei werden in den nächsten Wochen erneut auf der Tagesordnung des Kabinetts stehen. Daneben geht es darum, die politische Bildung an Schulen und in der Erwachsenenbildung auszubauen. Auch hier soll schon bald der Fahrplan feststehen. Die Aktivitäten zur Demokratieförderung sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Um das hohe Niveau der Lehrerausbildung in Dresden, Leipzig und Chemnitz auch in Zukunft abzusichern, werden verlässliche Rahmenbedingungen an den Universitäten geschaffen.

Auf der Eckwerteklausur im März sollen im Kabinett neue Regeln für die Finanzierung des Breitband-





ausbaus beschlossen werden: Viele Kommunen konnten den geforderten Eigenanteil bislang nur schwer oder gar nicht leisten. Künftig wird der Freistaat diesen kommunalen Anteil am Breitbandausbau übernehmen.

Gemeinsam mit den Kommunen sollen die Erreichbarkeit und das Angebot im ÖPNV verbessert werden. So soll ein landesweites - durch den Freistaat Sachsen mitfinanziertes - "Grundnetz" aus Plus- und TaktBus-Linien eingerichtet werden.

Ebenfalls wird, gemeinsam mit der kommunalen Ebene, ein Bildungsticket entwickelt.

Für den kommunalen Straßenbau wird es Vereinfachungen insbesondere im Fördervollzug geben. Zudem soll geprüft werden, wie künftig eine Ausreichung der Fördermittel in Form von Pauschalbeträgen erfolgen kann.

Noch vor der Sommerpause wird es im Kabinett dann um Details für das geplante "Investitionspaket Feuerwehr" gehen, mit dem die Freiwilligen Feuerwehren im Land gestärkt werden sollen.

Organisatorisch, personell und finanziell wird die Polizei gestärkt, um vor allem im ländlichen Raum und in den Kriminalitätsschwerpunkten gut für die Herausforderungen gerüstet zu sein. Im Rahmen der Standortkonzeption wird geprüft, wo im ländlichen Raum Nachbesserungsbedarf besteht.

Wie der Opferschutz weiter verbessert werden kann, wird ebenfalls Thema vor der Sommerpause sein. Dann sollen auch Vorschläge zur Ausweitung des Leipziger Projekts "Haus des Jugendrechts" auf dem Kabinetttisch liegen. In dieser Einrichtung arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe bei der Verfolgung jugendlicher Straftaten eng zusammen.

## **09. Februar Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird verbessert**

Die Fraktionen von CDU und SPD haben einstimmig einer Erhöhung des Landesblindengeldes zugestimmt. Damit greifen sie Anregungen der Sachverständigen aus dem Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der Staatsregierung auf und setzen eine weitere Festlegung des Koalitionsvertrages um. Der Landtag wird das Gesetz dann voraussichtlich im März-Plenum verabschieden.

Rückwirkend zum 1. Januar 2018 werden die Nachteilsausgleiche für hochgradig sehgeschwache Menschen von derzeit monatlich 52 Euro auf 80 Euro sowie für gehörlose Menschen von aktuell 103 Euro auf 130 Euro pro Monat erhöht. Und erstmals werden auch blinde und gleichzeitig gehörlose Menschen einen Ausgleich von 300 Euro pro Monat erhalten. Der Gesetzentwurf sieht zudem eine monatliche Erhöhung des Nachteilsausgleichs für schwerstbehinderte Kinder von 77 auf 100 Euro vor.

Angesichts der hohen Kosten, die Menschen für ihre Hilfsmittel aufbringen müssen, ist dies ein wichtiger Schritt zur Teilhabe. Die Verdopplung des ursprünglich geplanten Nachteilsausgleichs für taubblinde Menschen sorgt dafür, dass Sachsen im Bereich dieser Leistungen im bundesweiten Vergleich aufholt.

## **12. Februar Oberlausitz bekommt Hochwasser- Frühwarnsystem**

Der Mai, Juni und auch der Juli hatten es wettertechnisch im vergangenen Jahr in sich: Immer wieder kam es im Freistaat Sachsen zu heftigem Regen auf einem eng begrenzten Gebiet. „Kleinräumige konvektive Starkregen-Ereignisse“, heißt das in der Fachsprache der Meteorologen. Dieser starke Regen führte dann auch schon mal zu Hochwasser, zuletzt im Mai vergangenen Jahres im





Bereich Spitzkunnersdorf und Leutersdorf.

Damit solche Ereignisse in Zukunft besser vorhergesagt werden können, baut das sächsische Umweltamt derzeit ein neues Hochwasser-Frühwarnsystem auf, speziell für kleine Einzugsgebiete. Wie das genau aussehen wird, das will der sächsische Umweltminister Thomas Schmidt demnächst der Öffentlichkeit vorstellen. Vorher möchte das Umweltamt keine Details bekanntgeben. Laut Umweltministerium befindet sich das neue Hochwasserfrühwarnsystem auf der Zielgeraden und soll noch im ersten Quartal 2018 seine Arbeit aufnehmen.

Darüber hinaus entwickelt das Ministerium im EU-Projekt Rainman entsprechende Konzepte für ein verbessertes Risikomanagement in der Pilotregion „Oberlausitz. Hierzu sollen künftig auch Ergebnisse aus dem jüngst gestarteten Forschungsvorhaben des Umweltministeriums zu den kleinen Gebieten, in denen es stark regnete, beitragen. Das Projekt Rainman hat das Ziel, über ein Starkregen-Risikomanagement Schäden in städtischen und ländlichen Regionen zu reduzieren, die mit Starkregen in Zusammenhang entstehen. Partner aus sechs Ländern arbeiten dabei zusammen. Unter anderem geht es dabei um die Bewertungs- und Kartierung von Starkregengebieten, Warnung und Krisenmanagement, die Empfehlungen für Hochwasserrisikomanagementpläne. Die Methoden werden zum Beispiel für städtische und ländliche Landnutzung sowie für Gebirgs- und Flachlandregionen spezifiziert. Die gemeinsam erarbeitete Strategie zum Umgang mit Starkregenrisiken in städtischen und ländlichen Gebieten werde helfen, lokale, regionale, aber auch europaweite Hochwasserpolitik zu verbessern, heißt es vom sächsischen Umweltministerium.

Es gibt sieben Pilotaktionen mit verschiedenen Eigenschaften. Unter anderem sind die sächsischen Kommunen Meißen, eher städtischer Charakter, und Oderwitz, eher ländlicher Charakter, in das Projekt eingebunden. Die Erfahrungen aus den Pilotaktionen fließen in die Weiterentwicklung der Maßnahmen ein und machen sie so übertragbar auf andere Situationen, so das Umweltministerium. Das Projekt wird finanziert durch das Interreg Central

Europe Programm.

**13. Februar  
Pizza & Politik in Löbau**

Die Junge Union lud zu „Pizza & Politik“ nach Löbau ein. Viele folgten der Einladung und so wurden bei vollem Haus gemeinsam mit Sieglinde Rüdiger (CDU/FDP Fraktionschefin im Kreistag), Hermann Winkler (Mitglied des Europäischen Parlaments) und mir politische Gedanken ausgetauscht. Über zwei Stunden diskutierten wir die aktuelle Lage im Landkreis Görlitz, Deutschland und Europa. Politik geht uns alle an!



**14. Februar  
Was die Groko dem Landkreis bringt**

Noch ist es offen, ob es überhaupt zur großen Koalition kommt, aber über vier Monate nach der Bundestagswahl gibt es endlich ein Regierungsprogramm – die Zustimmung der beteiligten drei Parteien vorausgesetzt.

Auf knapp 180 Seiten haben CDU, CSU und SPD ihre Vorhaben aufgelistet. Doch welche Punkte sind für die Menschen im Landkreis Görlitz besonders wichtig?

**Bau von Straßen:** Bund will Planungszeiten





verkürzen Der Freistaat macht sich für eine Verbreiterung der A 4 in Ostsachsen stark, ist gegenwärtig dabei, den Abschnitt zwischen Dresden-Nord und Pulsnitz beim Bund anzumelden. Hat das Land damit Erfolg, würden bis zur Fertigstellung aber allein wegen der aufwendigen Planungen noch etliche Jahre vergehen. Experten gehen aktuell von mindestens 20 Jahren aus. Aber: Die Bundesregierung in spe plant ein neues Gesetz, um die Abläufe zu vereinfachen und die Planungen damit schneller zu machen. Das könnte auch zu einem schnelleren Ausbau der B 178 in Richtung Cottbus führen.

**Bessere Löhne:** Die Lausitz profitiert, aber ... Die Groko will durch Entlastungen bei den Abgaben dafür sorgen, dass Arbeitnehmer am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche haben. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll leicht abgesenkt werden, Beschäftigte sollen zudem bei den Krankenkassenbeiträgen und durch die schrittweise Streichung des Solidaritätszuschlags entlastet werden. Davon profitieren alle, vor allem aber die Einkommen, die im bundesweiten Mittelfeld liegen. Bei niedrigeren Löhnen fällt das Plus geringer aus. Im Kreis Görlitz liegt der durchschnittliche Monatslohn bei knapp 2000 Euro, rund 100 weniger als im Nachbarkreis Bautzen. Der Abstand zum bundesweiten Durchschnitt liegt bei rund 7500 Euro pro Jahr. Wo es höhere Löhne gibt, fallen auch die geplanten Entlastungen höher aus. Die Kluft zwischen der Lausitz und dem Rest der Republik wird also sogar noch größer.

**Mehr Sicherheit:** Die drei Parteien wollen sich dafür einsetzen, dass die Bundespolizei künftig noch mehr zur Bekämpfung von Straftaten und an Kriminalitätsschwerpunkten wie etwa Bahnhöfen eingesetzt wird. Alltagskriminalität soll damit gezielter entgegengewirkt werden, heißt es in dem Papier. Mit Blick auf den wachsenden Autoklau in den beiden Landkreisen Bautzen und Görlitz hatten Politiker mehrfach eine Aufstockung der Bundespolizei gefordert. Ob dieser konkrete Wunsch erhört und mit den Zeilen im Koalitionsvertrag gemeint ist, bleibt aber zunächst offen. Der Bund stellt in Aussicht, insgesamt 7500 zusätzliche Stellen bei den in seiner Zuständigkeit befindlichen Sicherheits-

behörden schaffen zu wollen.

**Zukunft der Braunkohle:** Die drei Parteien planen eine Kommission mit dem Namen „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Diese soll bis Ende 2018 „einen Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen“ vorlegen. In der Kommission werden auch Vertreter von den Regierungen Sachsens und Brandenburgs sowie aus der Lausitz mitverhandeln. Ob und wie die neue Wirtschaftsregion Lausitz GmbH als Sprachrohr der Region einbezogen wird, ist offen. Sie fordert einen Staatsvertrag zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern und Regionen, der die Finanzierung des Strukturwandels bis 2050 festschreibt. Zugesagt sind von den drei Parteien bisher 1,2 Milliarden Euro bis 2021 – aber nicht nur für die Lausitz, sondern für alle Problemregionen in Deutschland.

**Schnelles Internet:** Zur Digitalisierung wollen die Parteien in den nächsten vier Jahren bis zu zwölf Milliarden Euro in den flächendeckenden Aufbau eines Gigabit-Netzes investieren. Damit ließen sich gigantische Datenmengen in Sekundenbruchteilen hin- und herschicken. Laut Koalitionsvereinbarung sollen unterversorgte Regionen bis 2025 systematisch ausgebaut werden, im Anschluss soll es sogar einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet geben. Der Kreis Görlitz verfolgt das Ziel, schon bis Ende 2020 überall schnelles Internet zu haben. Der Bund und das Land Sachsen haben rund 93 Millionen Euro Fördergeld für die Verlegung von Glasfaserkabeln in vor allem kleinere 31 Gemeinden zugesagt. Auch alle Schulen sollen schnelles Internet bekommen.

**Hoffen auf Elektrifizierung:** Seit Jahren drängen sächsische Politiker in Berlin auf eine Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden-Görlitz und Cottbus-Görlitz – bislang jedoch erfolglos. Die Umsetzung ist derzeit ungewiss. Die Verhandlungspartner haben nun aber angekündigt, bis 2025 insgesamt 70 Prozent aller Bahnstrecken in Deutschland elektrifizieren zu wollen. Dazu plant die neue Regierung eine Förderinitiative für regionale





Schienenstrecken. Setzen die drei Parteien dieses Vorhaben tatsächlich um, stünden wohl auch die Aussichten für die Lausitzer Magistralen nicht schlecht. Ob auch für die Strecken Dresden-Zittau und Görlitz-Zittau Hoffnung auf Strom besteht, ist offen. Bisher spielten sie in den Planungen keine Rolle.

**Abschussregeln für den Wolf:** Seit Monaten wird in der Lausitz, aber auch in anderen Regionen in Deutschland über ein Aufweichen der strengen Regeln zum Schutz der Wölfe diskutiert. Das Thema haben CDU, CSU und SPD jetzt aufgegriffen. In ihrer gemeinsamen Vereinbarung haben die Parteien festgelegt, die EU-Kommission auffordern zu wollen, „den Schutzstatus des Wolfs abhängig von seinem Erhaltungszustand zu überprüfen, um die notwendige Bestandsreduktion herbeizuführen“. Im Visier haben die Koalitionäre vor allem die sogenannten Problemwölfe. Die Sicherheit des Menschen stehe an oberster Stelle, zudem bekennt sich die Koalition zur Weidetierhaltung. Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich werden, sollen künftig entnommen werden können. Zuletzt war im Norden des Landkreises Görlitz ein Wolf erschossen worden, nachdem er mehrere Hunde getötet hatte.

### **16. Februar B-178-Anhörung im April**

Ein Jahr nachdem die Planungsunterlagen zum B178-n-Abschnitt zwischen Oderwitz und Oberseifersdorf zur Einsicht ausgelegt haben, gibt es nun einen Termin für die Anhörung der Kritiker: „Vom 23. bis 26. April 2018 im Kulturzentrum Johanniskirche in Löbau“, teilte die Landesdirektion Sachsen mit. Nach der Anhörung entscheidet die Landesdirektion, ob die Einwendungen berechtigt sind, die Planung verändert muss oder endlich gebaut werden kann.

### **19. Februar Modellprojekt „Moped mit 15“ wird fortgesetzt**

Der Druck von Sachsen beim Bund war erfolgreich: Jugendliche im Freistaat können auch zukünftig mit 15 Jahren einen Moped-Führerschein machen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat bekanntgegeben, dass das Modellprojekt „Moped mit 15“ um weitere zwei Jahre verlängert wird. Das Projekt sieht vor, dass Jugendliche die Fahrerlaubnisklasse AM bereits ab 15 Jahren (regulär 16 Jahre) erwerben können.

Es ist sehr erfreulich, dass das BMVI nicht zuletzt auf Grund des Drängens der sächsischen Staatsregierung dem Wunsch entsprochen hat und den Modellversuch verlängert. Besonders in ländlichen Regionen bedeutet der Moped-Führerschein für Jugendliche ein deutliches Mehr an Mobilität und damit auch ein Mehr an Lebensqualität.

Das Modellprojekt "Moped mit 15" läuft seit dem Jahr 2013 im Freistaat Sachsen sowie in den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen. Später kamen auch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hinzu. Das Modellprojekt war zunächst bis Ende April 2018 befristet. Allein im Freistaat wurden bisher rund 16.000 praktische Prüfungen absolviert. Die Länder um Sachsen hatten deswegen bereits Mitte November 2017 und wiederholt in diesem Januar die Bundesregierung aufgefordert, das Modellprojekt für den Moped-Führerschein mit 15 bis Ende April 2020 zu verlängern.

Projektbegleitend wurden seit Beginn des Modellversuchs Studien zur Verkehrssicherheit und zum Mobilitätsverhalten erstellt. Sie haben keine eindeutigen Ergebnisse erbracht. Deshalb wird das Modellprojekt auf zwei Jahre befristet verlängert. Das BMVI hat die Länder aufgefordert, in diesem Zeitraum weitere Daten zu erheben. Die Verlängerung wird rechtzeitig erfolgen, so dass das Projekt ohne Unterbrechung weitergeführt werden kann. Die Behörden vor Ort werden entsprechend informiert. Sie werden gebeten, einen reibungslosen Übergang sicherzustellen. Zielstellung des Freistaates Sachsen wird es weiterhin sein, die





Befristung vollständig aufzuheben.



**22. Februar**

### **Kleinunternehmer in Zittau erhalten Unterstützung**

Bis 2020 sollen fast eine halbe Million Euro in Zittauer Kleinunternehmen fließen. Der Zittauer Stadtrat hat nun die Förderrichtlinie dazu beschlossen. 80 Prozent des Geldes stammt aus dem EU-Fördertopf und 20 Prozent aus dem städtischen Haushalt.

Mit dem Förderprogramm können kleine Betriebe, etwa aus den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie und Handwerk, geplante Investitionen bis zu 40 Prozent bezuschussen lassen, wenn sie im Stadtzentrum ihren Sitz haben oder nehmen. Das Besondere daran ist, Die Zuwendung muss nicht zurückgezahlt werden. Das Geld soll Existenzgründungen im Fördergebiet unterstützen, zur Standortsicherung beitragen und Anreize für Interessenten von außerhalb schaffen, ihren Unternehmenssitz in das Stadtzentrum zu verlagern. In den vergangenen Jahren förderte die Stadt bereits kleinere Projekte von Gewerbetreibenden und konnte damit gute Erfahrungen machen, beispielsweise mit der Bäckerei Paul, Fritz-Fahrräder oder dem Volkshaus.

Die Beihilfe an ein Kleinunternehmen muss dabei mindestens 2 000 Euro betragen und darf 50 000 Euro nicht überschreiten. Als Kleinunternehmen zählen Betriebe, die nicht mehr als 50 Angestellte beschäftigen. Existenzgründer können bei der Finanzierung ihrer Geschäftsidee sogar den Darlehensanteil der Banken senken, wenn sie einen nichtrückzahlbaren Zuschuss der Stadt erhalten.

Von zu viel Bürokratie sollten sich Kleinunternehmer nicht abschrecken lassen, denn sowohl die Wirtschaftsförderung der Stadt als auch die Stadtentwicklungsgesellschaft beraten Interessenten ausführlich zu den Einzelheiten der Förderung, helfen bei den Anträgen und der Abrechnung.

**22. Februar**

### **Damastmuseum sucht Maskottchen**

Das Deutsche Damast- und Frottiermuseum Großschönau braucht dringend kreative Unterstützung von Kindern und Jugendlichen: Gesucht wird ein Maskottchen. Ob rennendes Weberschiffchen, eine Serviette mit Gesicht, eine webende Spinne oder eine verfressene Wollmaus – der Phantasie sollen keine Grenzen gesetzt sein. Dabei sind die Ideen von Kindern und Jugendlichen im Alter bis 16 Jahre gefragt.

Die Entwürfe sollten auf eine DIN A4-Seite passen und unter Angabe von Alter und Name des jungen Künstlers bis zum 1. Mai dieses Jahres ans Damast- und Frottiermuseum geschickt werden. Am 13. Mai, dem Internationalen Museumstag, sollen dann ausgewählte Einsendungen im Damastmuseum präsentiert und die ersten drei Plätze prämiert werden.

Deutsches Damast- und Frottiermuseum, Schenaustraße 3, 02779 Großschönau







## **„Ideen von heute von den Machern von morgen!“ futureSAX-Ideenwettbewerb 2018**

Gründer/-innen und Unternehmer/-innen, deren Gründung nicht länger als drei Jahre zurückliegt können ihre Geschäftsideen oder Gründungskonzepte bis zum 21. März 2018 online einreichen. Der Wettbewerb richtet sich aber auch an Teilnehmer, die in den kommenden zwei Jahren Gründungsabsichten haben. Dotiert ist er mit 30.000 Euro und außerdem wird ein Publikumspreis vergeben. Ziel des technologie- und branchenoffenen Wettbewerbs ist, Gründern, Start-ups und jungen Unternehmen Unterstützung zu bieten, ihre Ideen zu Geschäftskonzepten zu entwickeln, sie zu präsentieren und zu ihrer Umsetzung Investoren oder Kooperationspartner aus Wissenschaft und Wirtschaft zu finden.

Als Bewerber/-innen kommen sowohl Einzelpersonen als auch Gründerteams ebenso wie bereits bestehende Unternehmen in Frage. Gesucht werden Ideen für innovative Produkte und Dienstleistungen sowie für neuartige Prozesse und Verfahren. Einzige Bedingung dabei ist, dass der Unternehmenssitz in Sachsen liegt oder der Freistaat als künftiger Standort geplant ist. Der Wettbewerb wird begleitet durch Gründerforen in Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Infos unter: [www.futuresax.de/ideenwettbewerb](http://www.futuresax.de/ideenwettbewerb)

## **Osterhase im Oberlausitzer Osterhasenpostamt nimmt wieder Post an**

Der Osterhase hat sein eigenes Postamt – und zwar in Seifhennersdorf. Das Oberlausitzer Osterhasenpostamt steht im KiEZ „Querxenland“ und empfängt ab sofort wieder Briefe an den Osterhasen. Dort wohnen Olli Osterhase und Lotti Langohr im Osterhasenbau. Das flauschige Hasenpaar beantwortet schon seit mehr als zehn Jahren in der Osterzeit Briefe aus aller Welt. Wer seine Absenderadresse gut lesbar auf dem Brief notiert hat, erhält

eine persönliche Antwort mit einer Überraschung. Briefe an den Osterhasen:

Oberlausitzer Osterhasenpostamt, Viebigstraße 1, 02782 Seifhennersdorf.

Wer die Osterhasen gern einmal persönlich kennenlernen möchte hat am **18. März** die Gelegenheit dazu. Um 14 Uhr öffnen die Langohren ihre **Osterhasenwerkstatt** im KiEZ Querxenland in Seifhennersdorf.

## **Nächste Bürgersprechstunde**

Monatlich führe ich eine Bürgersprechstunde durch. Zu dieser können sich Bürgerinnen und Bürger anmelden, um mir ihre Anliegen näherzubringen und um miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich habe neben all den Bürgergesprächen und der Sprechstunde, im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, auch zahlreiche Gespräche mit Entscheidungsträgern vor Ort, in Ministerien oder auch Themen, die ich direkt in die Arbeit der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag mitnehmen kann. Dies ist Herausforderung und Motivation zugleich. Ich kann sicherlich nicht alle Probleme lösen und dem ein oder anderen hilft es, wenn ich einfach ein offenes Ohr habe und zuhöre. Ich bin bemüht, dass mir Mögliche für unsere Region und für die Menschen die hier leben zu bewegen. Nur durch den Dialog miteinander, können wir etwas gemeinsam bewegen.

Für die Bürgersprechstunde im März sind leider schon alle Termine vergeben. Bitte merken Sie sich die Bürgersprechstunde

- am **18. April**, von 15:00 bis 17:00 Uhr

im CDU-Wahlkreisbüro im Dornspachhaus,

Bautzner Str. 2 in Zittau - vor.

Um Anmeldung unter 03583 790 140 oder [stephan.meyer@slt.sachsen.de](mailto:stephan.meyer@slt.sachsen.de) wird gebeten.

Gern vereinbare ich auch individuelle Termine.

